



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

53. Ratssitzung vom 28. Juni 2023

1981. 2023/308

**Postulat der AL-, SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 21.06.2023:
Leistungsauftrag Asyl-Organisation Zürich (AOZ), Sicherstellung der politischen
Kontrolle durch Berichterstattung über bestimmte Artikel des Auftrags**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Luca Maggi (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1955/2023): Mit diesem Postulat wollen wir sicherstellen, dass der Gemeinderat durch die nötigen Informationen seine Aufsichtsfunktion ausreichend wahrnehmen kann. In seinem Votum zur Weisung meinte STR Raphael Golta, dass es bei diesem Thema Menschen gäbe, die sich in der Reaktion über die Berichterstattung über die Missstände gefielen. Ich frage mich, ob er damit die Mitarbeitenden meint, die in den letzten Jahren innerhalb der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) und der Politik vieles auf sich genommen haben, um die schief laufenden Dinge ans Tageslicht zu bringen. Da sie nicht gehört wurden, mussten sie an die Öffentlichkeit gehen. Mit dem Postulat soll sichergestellt werden, dass eine offene und transparente Organisationskultur und ein ebensolcher Austausch mit dem Gemeinderat stattfinden. Dieser soll die entsprechenden Informationen weiterleiten. Damit es künftig nicht Mitarbeitende oder Interne sind, die den schweren Gang an die Öffentlichkeit wagen müssen, braucht es diesen Austausch. Im Postulat wird festgelegt, in welchen Punkten ein Bericht erwartet wird: wenn mit Dritten ein Leistungsauftrag abgeschlossen wird und wenn es um Mindeststandards und Abweichungen davon geht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Mit den Menschen, die sich in den Medien zu diesem Thema gefallen haben, meinte ich nicht Mitarbeitende, sondern formulierte meine Wünsche explizit an den Gemeinderat und an die Politik.

Michael Schmid (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Auch hier befinden wir uns im Bereich des «Micromanagements». Die Zuweisung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten, die in diesem Postulat vorgenommen wird, ist nicht sinnvoll. Eine sinnvolle Sicherstellung dieser Aufgaben und Kompetenzen folgt in GR Nr. 2023/306. Darum lehnen wir das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Ruedi Schneider (SP): Als Gemeinderat müssen wir unsere Aufsichtsfunktion wahrnehmen können, dafür brauchen wir Informationen. Heute haben wir mehrfach gehört, dass es in der Vergangenheit negative Schlagzeilen in Bezug auf die AOZ gab. Traurigerweise



2 / 3

lasen wir in den letzten Tagen noch schlimmeres von der ORS Schweiz AG (ORS). Für uns ist klar, dass sich die AOZ auf die kantonalen Aufträge bewerben können soll. Wir sind der Überzeugung, dass mit dem neuen Leistungsauftrag und den eingeleiteten Massnahmen die Grundlagen gegeben sind, dass die AOZ eine gute Unterbringung und Betreuung gewährleisten kann; auch wenn noch viel Arbeit nötig ist, um die Ziele zu erreichen. Uns ist bewusst, dass nicht immer alles perfekt läuft und es äussere Faktoren gibt, auf die man reagieren können muss. Gegenmassnahmen müssen sofort ergriffen werden können, um die im Leistungsauftrag definierten Mindeststandards wiederherzustellen. Wenn diese Ziele nicht erreicht werden können, soll die Ausnahmeklausel mit einer Berichterstattung verbunden sein, damit das nötige Vertrauen aufrechterhalten werden kann. Darum unterstützt die SP das Postulat.

Walter Angst (AL): *STR Raphael Golta und Michael Schmid (FDP) meinen wohl, dass Menschen, die in diesem Gemeinderat sitzen, politische Eunuchen sind und nicht mehr handeln dürfen. Es gibt Momente, in denen Probleme nicht hier drin lösbar sind und man direkt mit den Menschen sprechen muss. Dann kann man mit ihnen erarbeiten, wie sie ihre Anliegen, die sie nicht hervorbringen konnten, artikulieren können. Die in die Wege geleiteten Massnahmen, wie die AOZ mit vulnerablen Gruppen umgeht, wären ohne die Mitarbeitenden nicht möglich gewesen. Nur darum können wir nun weitergehen. Den Versuch des Stadtrats, alles intern zu behalten, kann ich nachvollziehen. Auf Seiten der AOZ wird ein intensiverer Austausch gewünscht, da es bis vor kurzer Zeit keine Anlaufstelle für Beschwerden gab. Wenn diese üblichen Kanäle verstopft sind, ist es Aufgabe des Gemeinderats, Lösungen mit den Betroffenen zu finden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Walter Angst (AL), ich habe lediglich eine Bitte an das Parlament geäussert. Es ist sehr aufwändig, wenn eine solche Geschichte ins Rollen kommt und es gibt vertrauliche Informationen, die nicht öffentlich gemacht werden sollten. Heute wären wir an einem anderen Ort, wenn die Diskussion um die Mineurs non accompagnés (MNA) weniger öffentlich geführt worden wäre. Wenn der Gemeinderat nicht bereit ist, dazu einen Beitrag zu leisten, und die Kanäle wie den Ombudsmann und die Kommissionen zu nutzen, ist es schwierig. Das ist im Sinne der Sache und der Betroffenen.*

Das Postulat wird mit 71 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat